

100 Jahre Belarussische Volksrepublik: Der Nationalgedanke in der Republik Belarus

Dr. Piotr Rudkouski, Belarussisches Institut für Strategische Studien (BISS), Minsk

Zusammenfassung

Die belarussische Nationalbewegung hat sich später herausgebildet als die litauische, die ukrainische oder die lettische. Gegen Ende des Ersten Weltkrieges war sie allerdings stark genug, dass am 25. März 1918 die Gründung und die Unabhängigkeit der Belarussischen Volksrepublik (Abkürzung der belarussischen und russischen Bezeichnung: BNR) verkündet werden konnte. In der Sowjetzeit und unter der Regierung von Aljaksandr Lukaschenka wurde die Idee der BNR entweder in Misskredit gezogen oder als etwas dargestellt, das nicht ernst zu nehmen und real zu verwirklichen ist. Gleichwohl hat die Regierung jetzt, im Jahr 2018 nicht nur erlaubt, den hundertsten Jahrestag der BNR frei zu begehen, sondern sich in einem gewissen Sinne den Feierlichkeiten angeschlossen.

In diesem Beitrag wird untersucht, welches die Ursprünge der BNR sind, unter welchen Umständen sie gegründet wurde, welche Werte und Vorstellungen mit ihr verbunden wurden, warum das Regime von Lukaschenka die BNR lange Zeit ignoriert hat, und warum sich die Haltung der belarussischen Regierung zur BNR in letzter Zeit zu verändern begann.

Geburt der belarussischen nationalen Idee. BNR vs. BSSR

Im 19. Jahrhundert bemerkte eine ganze Reihe von Ethnographen, Linguisten und Historikern, dass die Bevölkerung, die in dem Gebiet zwischen Belastok (Białystok), Smolensk, Vilnius (Wilnja) und Tschernihiw (belaruss.: Tscharnihau) lebte, kulturell und sprachlich relativ homogen war. Allerdings gab es hinsichtlich zweier grundlegender Fragen keinen Konsens: a) stellt diese Bevölkerung eine eigenständige ethnonationale Gemeinschaft dar, oder handelt es sich lediglich um einen »Grenzgebiet-Effekt«?; b) Wenn die Annahme zutrifft, dass eine eigenständige ethnonationale Gemeinschaft besteht, wie lässt sich dann deren historische Genese identifizieren? Tabelle 1 auf S. 8 erlaubt einen Einblick, wie problematisch sich die ethnologische und linguistische Beschreibung der Bevölkerung auf dem Gebiet des heutigen Belarus gestaltete.

Dessen ungeachtet entstand, wenn auch beträchtlich später als etwa die litauische oder ukrainische, auch ein belarussischer Nationalgedanke (»nationale Idee«). Explizit wurde sie erstmals im Jahr 1884 von einer Gruppe belarussischer Studenten der Petersburger Universität formuliert, die die im Russischen Reich verbotene Zeitung »Homan« herausgaben. Sieben Jahre später wurde der Gedanke erneut durch den Dichter Franzischak Bahuschevitsch formuliert (womöglich unabhängig von der Zeitung »Homan«), und zwar im Vorwort zu dessen in Krakau erschienenen Gedichtband »Belarussische Dudka«. Die 1906 gegründete Zeitung »Nascha Niwa«, die erste legale belarussische Zeitung, versammelte in ihrem Umfeld herausragende Dichter, Künstler, Historiker und Gesellschaftstheoretiker und wurde zum Zentrum der Förderung und Verbreitung des belarussischen Nationalgedankens.

Gegen Ende des Ersten Weltkrieges, als Russland stark geschwächt war und im März (Februar) und November (Oktober) 1917 zwei revolutionäre Umstürze erlebte, beschlossen die belarussischen Eliten, ihr Recht des belarussischen Volkes auf Selbstbestimmung einzufordern. Das geschah 1917 während des Ersten Allbelarussischen Kongresses in Minsk. Allerdings wurde der Kongress schließlich auseinandergejagt: Nachdem den Bolschewiki bewusst wurde, dass sie ihr Programm nicht durchsetzen können, befahlen sie den Rotarmisten, das Gebäude zu umstellen und die Organisatoren festzunehmen.

Im Februar 1918 verließen die Bolschewiki, die auf dem Rückzug vor den Deutschen waren, Minsk. Das Exekutivkomitee der Rada des Allbelarussischen Kongresses nutzte den Moment und erklärte sich am 21. Februar zur Regierung von Belarus. Am 25. März 1918, nun schon unter deutscher Besetzung, verkündete die Rada die Unabhängigkeit der Belarussischen Volksrepublik. In einem besonderen Schreiben an Kaiser Wilhelm II. dankten die Gründerväter der BNR diesem »für die Befreiung von den Bolschewiki«, was über die gesamte Sowjetzeit hinweg und in postsowjetischer Zeit nach dem Machtantritt Aljaksandr Lukaschenkas zur Diskreditierung der Idee der BNR herhalten sollte. Die Deutschen erkannten den neu ausgerufenen belarussischen Staat jedoch nicht an, vor allem deshalb, weil das der Logik des Friedensvertrags von Brest-Litowsk zuwidergelaufen wäre, der am 3. März zwischen Sowjetrussland auf der einen Seite sowie Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und dem Osmanischen Reich auf der anderen abgeschlossen worden war. Diesem Vertrag zufolge sollte das Territorium von Belarus unter die Kontrolle Deutschlands fallen. Im Dezember 1918 kündigten

die Bolschewiki den Friedensvertrag von Brest-Litowsk und erobern Minsk, wodurch die Regierung der BNR in die Emigration gezwungen wurde.

In den Reihen der Bolschewiki gab es zwei Vorstellungen von einem Sowjetischen Belarus: Einerseits waren das die Vorstellungen des belarussischen Schriftstellers und Politikers Smizer Schylunowitsch sowie andererseits jene des Historikers und Parteipolitikers Wilhelm Knoryn (lett.: Knoriņš) und des Politikers Aljaksandr Mjasnikou (eigtl. Mjasnikjan, Pseudonym: Martuni). Für Schylunowitsch sollte Belarus sowjetisch werden, aber ein kulturell und politisch autonomes Gebilde bleiben. Für Knoryn und Mjasnikou konnte von irgendeiner Autonomie für Belarus überhaupt keine Rede sein. Die Ausrufung der Belarussischen Sozialistischen Sowjetrepublik (BSSR) am 1. Januar 1919 war eine Art Kompromiss zwischen beiden Optionen: Formell wurde eine eigene Republik ausgerufen, de facto aber war sie vollständig vom Moskauer Zentrum abhängig. Die Ausrufung der BSSR wurde dadurch bedingt, dass die Bolschewiki einen verstärkten Einfluss der Regierung der BNR auf die Bevölkerung in Belarus und auch auf die internationale Gemeinschaft befürchteten. Der unselbstständige Staat, der am 1. Januar 1919 entstand, sollte mit Blick auf die BNR als Gegengewicht dienen. Das Ziel, einen selbständigen belarussischen Staat zu schaffen, hatten die Bolschewiki nicht.

Identitätspolitik in der unabhängigen Republik Belarus

Gegen Ende der 1980er und in der ersten Hälfte der 1990er Jahre, vollzog sich mit dem Schwung der Perestroika unter Gorbatschow und der Erlangung der Unabhängigkeit von Belarus eine nationale Renaissance im Land. Die Flagge und das Wappen der BNR wurden zu Staatssymbolen der Republik Belarus, das Belarussische hielt in die verschiedenen Lebensbereiche Einzug, insbesondere in der Bildung, und das historische Narrativ war nun nicht mehr sowjetisch- und russlandzentriert.

Nach dem Machtantritt von Aljaksandr Lukaschenka 1994 jedoch dominierte die Verdrängung des nationalen Wiedergeburt-Narrativs und seiner Träger aus dem öffentlichen Raum. Dennoch erfolgten im Laufe des knappen Vierteljahrhunderts, das mittlerweile das Regime Bestand hat, gewisse Veränderung hinsichtlich der staatlichen Ideologie und Identitätspolitik. Es lassen sich in der Haltung der Regierung zur nationalen Wiedergeburt drei Phasen unterscheiden: 1) Resowjetisierung und Russischzentriertheit (ungefähr von 1995 bis 2003); 2) Suche nach einem alternativen Nationalgedanken (ungefähr von 2003 bis 2011); 3) »milde Belarussisierung« (von 2011 bis heute).

1. Resowjetisierung und Russischzentriertheit

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre erfolgte ein Kurswechsel in Richtung einer »Resowjetisierung« des gesellschaftlichen Bewusstseins. Das zeigte sich an der Wiederkehr des sowjetbelarussischen Wappens und auch der Flagge (in leicht veränderter Fassung), an der Beibehaltung der Denkmäler für Lenin und andere kommunistische Größen, an einem Stopp der Belarussisierung und daran, dass die »national orientierten« Geschichtslehrbücher gegen solche ausgetauscht werden, in denen die Sowjetzeit als »uralte« Bruderschaft zwischen den Völkern von Belarus und Russland darstellen. Die BNR wurde wie schon zu Sowjetzeiten im offiziellen Narrativ als Marionettenstaat dargestellt. Die Repräsentanten der BNR wurden mit der gleichen Sprache beschrieben wie jene Belarussen, die während des Zweiten Weltkrieges mit der nationalsozialistischen Besatzungsmacht kooperiert hatten, nämlich als »Kollaborateure«, »Marionetten« usw. Das war einer der wichtigsten Faktoren dafür, dass der 25. März, der Jahrestag der Ausrufung der BNR, eine starke politische Färbung erfuhr: Das Regime assoziierte mit diesem Datum Proteste der »nationalistischen« Opposition, aus Sicht der Opposition und eines beträchtlichen Teils der organisierten Zivilgesellschaft war es der »Tag der Freiheit«, d. h. des Kampfes für nationale Werte und demokratische Prinzipien.

Die Unabhängigkeit von Belarus hatte, obwohl das auf rhetorischer Ebene vom neugewählten Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka betont wurde, für dessen Politik keine zentrale Bedeutung. Das galt in einer Zeit, als der größere Teil der belarussischen Bevölkerung in Nostalgie nach der Sowjetunion lebte, als die Umgebung Lukaschenkas sich eine Überwindung der Wirtschaftskrise nicht ohne eine enge Integration mit Russland vorstellen konnte, und als Lukaschenka selbst hoffte, mithilfe des Projektes des Unionsstaates mit Russland dort an die Macht zu gelangen. Die Idee vom Aufbau eines Nationalstaates aufgrund einer eigenständigen Kultur war da nur unnötiger Ballast.

2. Einführung einer belarussischen staatlichen Ideologie und Suche nach einem alternativen Nationalgedanken

Während es Lukaschenka zu Zeiten Boris Jelzins – der krank und bei den russischen Patrioten äußerst unbeliebt war – leichtfallen mochte, sein Image als Bewahrer der »russischen Welt« (»russkij mir«) aufzubauen, so war das nach dem Machtantritt von Wladimir Putin im Jahr 2000 nicht mehr möglich. Putin errang sehr schnell das Vertrauen der russischen Patrioten, und Lukaschenka konnte allenfalls auf die Rolle eines provinziellen Assistenten des Herren im Kreml hoffen. In

dieser Situation wäre es logisch gewesen, die Macht in Belarus selbst zu stärken, was – unter anderem – Maßnahmen zur Reduzierung der russischen Einflussmöglichkeiten bedeutet hätte. Da klar war, dass Belarus im wirtschaftlichen (und insbesondere im Energiebereich) noch lange Zeit von Russland abhängig sein würde, konzentrierte sich Lukaschenka vor allem auf Personalpolitik (schrittweise Nichtberücksichtigung von Personen, die einer übermäßigen Loyalität gegenüber Russland verdächtig waren, bei der Besetzung von Schlüsselposten) und auf die Einführung der sogenannten Ideologie des belarussischen Staates.

Die 2003 eingeführte staatliche Ideologie sollte einen Nationalgedanken entwerfen, der einerseits den Kurs auf Unabhängigkeit begründen und festigen und andererseits eine Alternative in Bezug auf den »Wiedergeburtsgedanken« darstellen würde, wie er von der oppositionellen Belarussischen Volksfront (BNF) und vielen anderen oppositionellen Kräften propagiert wurde. Unter den Ideologen spielten damals der Historiker Jakau Traschtschenok, der Politikologe Uladsimir Melnik und der Philosoph Leu Kryschapowitsch eine führende Rolle. Sie waren allesamt Verfechter der These, dass die Belarussen ein Zweig des russischen Volkes seien, und dass ihr historisches Bestehen nur im Bund mit Russland möglich ist.

Ungeachtet des Umstandes, dass zur Ausarbeitung dieser Variante des Nationalgedankens führende Experten aus dem Bereich der Gesellschaftswissenschaften herangezogen, regelmäßig umfangreiche finanzielle Mittel bereitgestellt und eine verzweigte »ideologische Vertikale« errichtet wurden, ist keine überzeugende Alternative geschaffen worden, was sogar Präsident Lukaschenka selbst im Jahr 2014 eingestand: »eine Staatliche Ideologie, die einem voll aus dem Herzen spricht, haben wir letztendlich nicht herstellen können«. Das war einer der Gründe, warum der belarussische Staatsführer und seine Umgebung allmählich begannen, einem »klassischen« Nationalgedanken zuzuneigen, der auf einer Gewissheit hinsichtlich der langen Geschichte und der nationsbildenden Funktion der belarussischen Sprache beruhte.

3. »Milde Belarussisierung«

Der Tod von Jakau Traschtschenok, einem der führenden Ideologen des vergangenen Jahrzehnts, kann symbolisch als Moment eines Paradigmenwechsels betrachtet werden, auch wenn schon vor Traschtschenoks Tod ein Wandel einsetzte, dessen Faktoren vielfältiger Natur waren. In den Jahren 2010–2012 erschienen neue Lehrbücher zur Geschichte von Belarus, in denen sowohl die kulturelle Eigenständigkeit, als auch die politische Bedeutung des im 9. und 10. Jahrhundert entstandenen

Fürstentums Polazk (russ.: Polozk) herausgestellt wird. Der belarussische Präsident hat das Fürstentum Polazk in seiner Rede 2017 auf der Feier aus Anlass des »Tags der Republik« (3. Juli) als »unsere historische Wiege« bezeichnet. Im September des gleichen Jahres wurde in Polazk eine Gedenktafel eingeweiht: »Polazk ist die Wiege der belarussischen Staatlichkeit«.

Anstelle der früheren Skepsis hinsichtlich der Bedeutung des Großfürstentums Litauen in der belarussischen Geschichte wurde allmählich immer stärker die Schlüsselrolle betont, die das Großfürstentum bei der Entstehung der belarussischen Nation, ihrer Sprache und ihrer Kultur hatte. Ein vielsagender Beleg hierfür ist die Tatsache, dass bei der Gerichtsverhandlung gegen Autoren des russischen Internetportals »Regnum« im Dezember 2017 auf der Liste der Beschuldigungen der Staatsanwaltschaft der Punkt zu finden war, dass einer der Autoren »das historische Erbe des Großfürstentums Litauen« leugne. Die frühere Anbindung der belarussischen Geschichte an die Geschichte Russlands ist erheblich schwächer geworden und hat mitunter die Form einer negativen Bewertung des Faktors Russlands angenommen. So erschien im August 2014 in der von der Präsidialadministration herausgegebenen Zeitschrift »Belaruskaja Dumka« (dt.: »Belarussisches Denken«) ein Artikel des Historikers Leanid Lytsch, in dem die russifizierende Politik des russischen Kaiserreiches eindeutig kritisiert wurde.

Die abschätzige Haltung zur BNR, die für die vorherigen Phasen kennzeichnend war, wandelte sich im Laufe dieses Jahrzehnts zu einer Interpretation, bei der die BNR als wichtiger Versuch der Belarussen gesehen wird, sich als eigenständige Nation mit eigenen politischen Ansprüchen zu verwirklichen. Im März 2018 unterstützte die Regierung, wenn auch zurückhaltend, die Feiern zum hundertsten Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung der BNR. Am 15. und 16. März veranstaltete die Nationale Akademie der Wissenschaften von Belarus eine Konferenz mit dem Titel »Die Belarussische Volksrepublik in der Geschichte der belarussischen Staatlichkeit«, an der Vertreter sowohl des Staates, wie auch nichtstaatlicher (darunter auch oppositioneller) Strukturen teilnahmen. Dabei stimmten alle darin überein, dass die Ausrufung der BNR eindeutig ein positiver Schritt in der Entwicklung einer belarussischen Staatlichkeit war.

Relativ unverändert blieb die Haltung zur Sowjetzeit. Der Große Vaterländische Krieg (1941–1945) nimmt nach wie vor einen zentralen Platz in der Erinnerungspolitik ein. Gleichwohl geben die Beteiligung der Regierung an der Ausgestaltung der Gedenkstätte »Kurapaty« im Jahr 2017 und die mediale Unterstützung staatlicher Medien bei der Sammlung von Geldern

zu diesem Zweck Anlass zur Hoffnung, dass zumindest einige Aspekte der sowjetischen Vergangenheit revidiert werden. Kurapaty war in den 1930er und 1940er Jahren Ort von Massenerschießungen durch den NKWD. Die Anerkennung der BNR als wichtiger Meilenstein bei der belarussischen Staatswerdung bedeutet eine zusätzliche Herausforderung für die traditionelle Bewertung der sowjetischen Vergangenheit.

Auch die Sprachenpolitik hat sich gewandelt. In den vorherigen beiden Phasen war diese durch eine informelle Verdrängung des Belarussischen aus dem öffentlichen Raum gekennzeichnet, die mit der Verbreitung des Stereotyps von einer »Unterentwickeltheit« dieser Sprache einherging. Obwohl in der aktuellen Dekade keine radikalen Veränderungen bei der Sprachenpolitik erfolgen, so ist doch erkennbar, dass die belarussische Regierung sich für eine neue Haltung zum Belarussischen einsetzt. Präsident Aljaksandr Lukaschenka sagte im April 2014 während seiner Botschaft an das belarussische Volk und die Nationalversammlung: »Wenn wir aufhören, belarussisch zu sprechen, dann hören wir auf, eine Nation zu sein«. »Das Schicksal der Sprache sollte eine gemeinsame Sorge der gesamten Gesellschaft sein«, so lautete die wichtigste Botschaft der Teilnehmer einer Diskussion, die von der Redaktion der staatlichen Zeitung »Belarus segodnja« (dt.: »Belarus heute«; Teil des Konglomerats von »Sowjetskaja Belorussija«) im November 2017 veranstaltet wurde.

Warum eine milde Belarussisierung?

Sämtliche oben beschriebenen Tendenzen geben Grund zu der Annahme, dass von einem schrittweisen Paradigmenwechsel hinsichtlich der nationalen Identität gesprochen werden kann. Die populäre Bezeichnung »milde Belarussisierung« ist hier durchaus angebracht. Wodurch wird dieser Wandel bedingt?

Es steht außer Zweifel, dass bei diesen Veränderungen die Ereignisse in der Ukraine (die Annexion der Krim durch Russland und der prorussische Separatismus in der Ostukraine) einen wichtigen Faktor darstellten. Es war nach diesen Ereignissen, also seit 2014, dass wir deutliche Schritte in Richtung einer Stärkung der nationalen Identität der Belussen feststellen konnten. Es lässt sich unschwer erraten, warum die Ereignisse in der Ukraine hier eine so große Rolle spielten: Sie haben Lukaschenka und dessen Umgebung deutlich vor Augen geführt, wie hilflos ihr Regime angesichts des mächtigen Nachbarn ist. Ohne eine starke nationale Identität würden die Belussen eine leichte Beute der russischen Propaganda.

Das Vorgehen Russlands gegenüber der Ukraine hat beim Regime Lukaschenka in Bezug auf dessen Haltung zur nationalen Identität zweifellos einen starken Ein-

druck hinterlassen. Es war aber bei weitem nicht der einzige (und zeitlich nicht der erste) Faktor. Die ausgeprägtesten Veränderungen zur Stärkung des Belarussischen vollzogen sich zwar seit dem Frühjahr 2014, doch waren zuvor bereits Schritte in dieser Richtung erfolgt: 2010–2012 erschienen Lehrbücher, in denen die Geschichte von Belarus ohne Anbindung an die Geschichte Russlands erzählt wird, und im September 2013 wurde erstmals seit dem Beginn des Regimes Lukaschenka ein Staatsbediensteter dafür bestraft, dass er ein Schreiben nicht schriftlich auf belarussisch beantworten wollte.

In den letzten 15 Jahren kamen unterschiedliche Faktoren zum Tragen, die Lukaschenka und dessen Umgebung dazu brachten, die Haltung zum »Wiedergeburt-Gedanken«, zumindest hinsichtlich einiger ihrer Aspekte zu revidieren. Folgende Faktoren verdienen besondere Beachtung: 1) der zunehmende wirtschaftliche und mediale Druck auf Lukaschenka von Seiten Russlands; 2) das Beispiel anderer postsowjetischer autoritärer Herrscher bei der Stärkung der jeweiligen nationalen Identität; 3) eine partielle Demokratisierung des nationalen Diskurses.

1. Seit 2002 verfolgte der Kreml gegenüber dem Regime in Belarus eine recht harte Politik, die langfristig auf eine vollständige wirtschaftliche und politische Kontrolle über das Land hinauslaufen sollte. Bereits die Gas- und Milchkriege, zu denen es regelmäßig zwischen Belarus und Russland kam, nötigten Lukaschenka dazu, die Fundamente der belarussischen Unabhängigkeit ernst zu nehmen. Die militärische Intervention Russlands in Georgien im August 2008 und die Beteiligung Russlands am Sturz des kirgisischen Präsidenten Kurmanbek Bakiyew im April 2010 hatten gezeigt, wie weit der Kreml zu gehen bereit war, wenn es um die Herstellung seines politischen Einflusses in der Region ging. Die Medienkampagne gegen Lukaschenka, die von den Fernsehsendern NTV und »Russia Today« im Juli 2010, kurz vor den belarussischen Präsidentschaftswahlen unternommen wurde, nahmen Lukaschenka hinsichtlich der Zuverlässigkeit Russlands für seinen Machterhalt die letzten Illusionen. Die Aggression Russlands gegen die Ukraine 2014 hat zwar das Bewusstsein für eine potentielle Bedrohung durch Russland deutlich geschärft, war jedoch längst nicht der »Moment des Erwachens«. Dieser war sehr viel früher erfolgt.
2. Es konnte Lukaschenka nicht entgangen sein, dass praktisch alle postsowjetischen Staatshäupter eine Politik zur Stärkung der nationalen Identität verfolgten (sei es nun in »milder« oder »harter« Form). Der belarussische Staatshaupt sah, dass nicht nur prowestliche und demokratische Länder wie die baltischen

Staaten Kurs auf eine nationale Widergeburt nahmen, sondern auch autoritäre und den europäischen Werten fernstehende Länder wie Kasachstan oder Turkmenistan. Mit den Anführern der letztgenannten stand Lukaschenka in ständigem Kontakt, und ihr Beispiel zeigte, dass Nationalismus nicht nur keine Gefahr für ein autoritäres System bedeuten muss, sondern sogar eine zusätzliche Absicherung bedeuten kann. Je weiter die Sowjetzeit in die Vergangenheit rückte und die Enttäuschung über die Bruderschaft mit Russland wuchs, war es die nationale Ideologie – die auf die Sprache, das historische Narrativ und die kulturelle Eigenständigkeit setzte –, in der Lukaschenka eine gute Stütze für seine persönliche Macht sah.

3. In den 1990er Jahren war die Belarussische Volksfront (BNF) mit ihrem Vorsitzenden Sjanon Pasnjak der wichtigste Gegner Aljaksandr Lukaschenkas im Inland. Diese Partei wurde zwar nicht von der Bevölkerungsmehrheit unterstützt, besaß aber eine erhebliche Mobilisationskraft und hatte in der kreativen *Intelligenzija*, in Wissenschaftskreisen und im pädagogischen Bereich sowie in der katholischen Kirche viele Sympathisanten. Die radikal antisowjetischen und antirussischen Positionen der BNF mussten zu einer unversöhnlichen Konfrontation mit Lukaschenka führen, da dieser in der Innen- wie Außenpolitik, insbesondere in jener Zeit, Kurs auf eine Resowjetisierung und eine Russischzentriertheit nahm. Als Lukaschenka 2011 seine vierte Amtszeit antrat, waren die alten Schlachten mit der BNF und den ihr verwandten politischen Kräften bereits nur noch blasse Erinnerung. Viele psychologische Barrieren, die einer neuen Sicht auf die Frage der Belarussisierung im Wege standen, waren verschwunden.

Parallel hierzu erfolgte eine spontane Entpolitisierung nationaler Werte. Das Belarussische wurde in der Gesellschaft immer weniger mit oppositioneller Tätigkeit assoziiert und das Interesse für die nationale Geschichte erfasste die unterschiedlichsten Teile der Gesellschaft. Die Einbeziehung von Unternehmen, gesellschaftlichen (mitunter auch politikfernen) Aktivisten, Wissenschaftlern sowie der katholischen Kirche bei der Förderung der belarussischen Sprache und Kultur führte zu einer Distanz zwischen den nationalen Werten und dem politischen Programm der BNF. So ergab eine 2016 von der Brauerei »Lidskaje piwa« in Auftrag gegebene Studie, dass Werbung in belarussischer Sprache positiv wahrgenommen wird. Auf den Straßen und Plätzen tauchten Reklametafeln auf, die mit Hilfe nationaler Werten warben: »Smak belaruskaj mowy« (dt.: »Der Geschmack des Belarussischen«), »Majo perschaje slowa« (»Mein erstes Wort«) usw. Die katholische Kirche setzte nach eini-

gem Schwanken in den 1990er Jahren (zwischen den Optionen polnisch, belarussisch und russisch) auf das Belarussische als Hauptsprache der Gottesdienste und ihrer Verwaltung. Zu den bemerkenswertesten Aktionen gehören die 2013 ins Leben gerufenen, von Freiwilligen angebotenen und schnell populär gewordenen Belarussischkurse »Mowa zi kawa« und »Mowa-nanowa«. Die spontane Wende in Richtung Belarussisch ist auch im Sport festzustellen: Die Zeitung »Nascha Niwa« hob hervor, dass 2008 lediglich eine von 16 Fußballmannschaften belarussischsprachige Trikots trug, während 2018 nur noch vier Teams von 16 eine russischsprachige, alle anderen aber eine belarussische Beflockung hatten.

Zu beachten ist auch, dass mit fortschreitender Entfernung von der sowjetischen Zeit ein Wandel im Geschichtsbewusstsein der Belarussen erfolgte. Im März 1991 stimmten 82,7 Prozent der Belarussen für einen Erhalt der UdSSR und beim Referendum 1995 sprachen sich 75 Prozent für eine Rückkehr von Wappen und Flagge der BSSR (in leicht veränderter Form) als Staatssymbole der Republik Belarus aus. Aber einer Studie des Belarussischen Instituts für strategische Studien (BISS), des »Laboratoriums Nowak« und der gesellschaftlichen Kulturkampagne »Budsma Belarusi!« (dt.: »Lasst uns Belarussen sein!«) aus den Jahren 2008–2009 zufolge war gegen Ende des vergangenen Jahrzehnts nur ein kleiner Teil der Belarussen (12,4 %) der Ansicht, dass die BSSR der Ursprung der belarussischen Staatlichkeit ist. In der gleichen Studie unterstützte eine Mehrheit der Belarussen die Vorstellung von einer »langen Geschichte« von Belarus und nannte entweder das Großfürstentum Litauen, das vom 12. bis 18. Jahrhundert bestand, als Ausgangspunkt der Staatlichkeit (38,1 %), oder die Fürstentümer Polazk und Turau aus dem 9. bis 13. bzw. 10. bis 14. Jahrhundert (17,7 %).

Schlussfolgerungen

Unter den europäischen Ländern sticht Belarus nicht nur durch die niedrigsten Werte beim Demokratie-Index hervor, sondern auch durch ein sehr schwaches Nationalbewusstsein und eine nachhaltige Präsenz sowjetischer Elemente im kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Belarus ist das einzige postsowjetische Land (nimmt man die nicht anerkannte Transnistrische Moldawische Republik einmal aus), das sowjetische Symbole wieder zu ihren Staatssymbolen gemacht hat. Und es ist das einzige Land, in dem der 7. November, der Jahrestag der Oktoberrevolution, ein staatlicher Feiertag ist.

Gleichwohl ist bereits seit einigen Jahren eine allmähliche Wendung der belarussischen Regierung in Richtung einer nationalen Identität zu beobachten. Diese Wende ist Folge einer Akkumulation unterschiedlicher Faktoren, die längere Zeit wirksam waren. Die

Annexion der Krim durch Russland und der Separatismus in der Ostukraine bedeuteten einen starken Anstoß hin zu einer Intensivierung des Nationalbewusstseins der Belarussen.

Auch wenn die Wende hin zu einem klassischen Nationalgedanken über lange Zeit herangereift ist, so lässt sich doch mit erheblicher Gewissheit feststellen, dass das kein vorübergehender oder rein zufälliger Prozess ist. Die Entwicklung der Belarussisierung wird sich aller Wahrscheinlichkeit zwar ändern, aber der Prozess wird sich fortsetzen. Es ist durchaus möglich, dass die weiß-rot-weiße Flagge (die Flagge der BNR von 1918 und die Staatsflagge der Republik Belarus von 1991–1995) als historisch und kulturell wertvoll anerkannt wird, obwohl es wenig wahrscheinlich ist, dass diese Flagge und das *Pahonja*-Wappen (dt.: Verfolgung) unter Lukaschenka erneut zu Staatssymbolen werden. Es wird Versuche geben, den Bereich des öffentlichen Gebrauchs des Belarussischen auszuweiten, doch wird das Russische eine der Staatssprachen bleiben und im öffentlichen Raum noch lange Zeit dominieren.

Größere Veränderungen könnten allerdings im Bereich der Geschichtspolitik und der Erinnerungskultur erfolgen. Das Fürstentum Polazk und das Großfürstentum Litauen werden schon jetzt fest als Etappen in der Entwicklung der belarussischen Staatlichkeit angesehen. Gegenwärtig erfolgt auch eine »Rehabilitierung« der BNR, und dieser Prozess wird sich wohl noch beschleunigen. Die Regierung wird kaum aktiv in Richtung einer Revision der sowjetischen Vergangenheit vorgehen, doch wird sich der Druck auf die »Revisionisten« (also jene, die sich zur sowjetischen Vergangenheit kritisch verhalten) innerhalb der staatlichen Strukturen ebenfalls verringern. Vieles wird jetzt von der Zivilgesellschaft abhängen. Wenn Kulturschaffende und Aktivisten der Zivilgesellschaft den derzeitigen Klimawandel gut für eine Stärkung der nationalen Kultur nutzen, wird die Belarussisierung in ein paar Jahren nicht nur in einzelnen Bereichen spürbar sein, sondern im gesamten öffentlichen Raum.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Dr. Piotr Rudkouski ist Direktor des Belarussischen Instituts für strategische Studien (BISS) und Doktor der Geisteswissenschaften. Er hat an der Europäischen Geisteswissenschaftlichen Universität in Vilnius und an der Lazarski-Universität in Warschau gelehrt. Seine vier Monographien und rund 70 Artikel sind vor allem Fragen der belarussischen Identität, der belarussisch-polnischen Beziehungen und des Dialogs zwischen Religion und Wissenschaft gewidmet.

Lesetipps

- Kasakewitsch, Andrej: Concepts (Ideas) of the Belarusian Nation Since Gaining Independence (1990–2009), in: Belarusian Political Science Review, 2011, Nr. 1, S. 47–68.
- Rohava, Maryia: Identity in an Autocratic State: Or What Belarusians Talk about When They Talk about National Identity, in: East European Politics and Societies and Cultures, 2017, <<http://journals.sagepub.com/doi/abs/10.1177/0888325417741343>>
- Rudkouski, Piotr: Soft Belarusianisation. The ideology of Belarus in the era of the Russian-Ukrainian conflict [OSW Commentary Nr. 253], Warschau: Centre for Eastern Studies, 3. November 2017, <https://www.osw.waw.pl/sites/default/files/commentary_253-tv.pdf>.
- Wilson, Andrew: Belarus. The Last Dictatorship. New Haven / London: Yale University Press 2011.